

Neuwahlen in Bangladesh

Chance für einen Neubeginn?

von Martin Peter Houscht

Premierministerin Khaleda Zia hat dem Druck der Opposition nachgegeben und ist zurückgetreten. Freude, Erleichterung und Ausgelassenheit prägten das Bild auf den Straßen Dhakas am 30. März, kurz nach Bekanntgabe ihres Rücktritts. Mit diesem Schritt machte sie nach fünfjähriger Amtszeit und zweijährigem Streit mit Dutzenden von Generalstreiks und 120 Toten allein in diesem Jahr den Weg frei für eine neutrale Übergangsregierung unter Habibur Rahman. Der 66jährige ehemalige oberste Richter muß nun zusammen mit seinen zehn Beraterkollegen bis zum Wahltag, das ist der 12. Juni, die Grundlage zur Abhaltung freier und fairer Wahlen legen - keine leichte Aufgabe.

Khaleda Zias Rücktritt kam sechs Wochen nach der Skandalwahl zum sechsten Parlament ('Jatiya Sangsad'), die von den drei großen Oppositionsparteien boykottiert worden war. Der seit dem neunten März andauernden 'non-cooperation' Kampagne der Opposition, an der sich später auch hohe Verwaltungsbeamte beteiligten, hatte die Premierministerin nichts mehr entgegenzusetzen. Mit der dreizehnten Verfassungsergänzung hatte das Parlament noch kurz vor dem Rücktritt Zias die konstitutionelle Grundlage für eine elfköpfige Übergangsadministration unter einer neutralen Persönlichkeit gelegt.

Von der Freude über den Rücktritt ist jedoch wenige Wochen später nicht mehr viel zu spüren, zu drängend sind die Probleme, die durch die leidige Debatte über eine neutrale Übergangsregierung nur überdeckt, nicht gelöst wurden. "Die Spitzenpolitikerinnen haben für uns Frauen nichts gebracht", so Khushi Kabir von der bangladeschischen Nichtregierungsorganisation 'Nijera Kori' ("Laßt es uns selbst machen"). "Die hartarbeitenden, ordnungsliebenden Teile unserer Gesellschaft sind von der Politik im Stich gelassen worden", meint der Journalist Ahmed Kamal. Ob kleinere und mittlere Bauern in den ländlichen Bereichen oder kleinere Gewerbetreibende in der Stadt, für sie ist das Leben in den vergangenen fünf Jahren nicht leichter geworden. Die Ernteerträge stagnieren seit Jahren, die Preise für Düngemittel oder Pestizide steigen kontinuierlich oder tauchen erst gar nicht auf dem Markt auf, weil schlaue Händler die Ware lieber ins benachbarte Indien schmuggeln, wo höhere Gewinne warten (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/95).

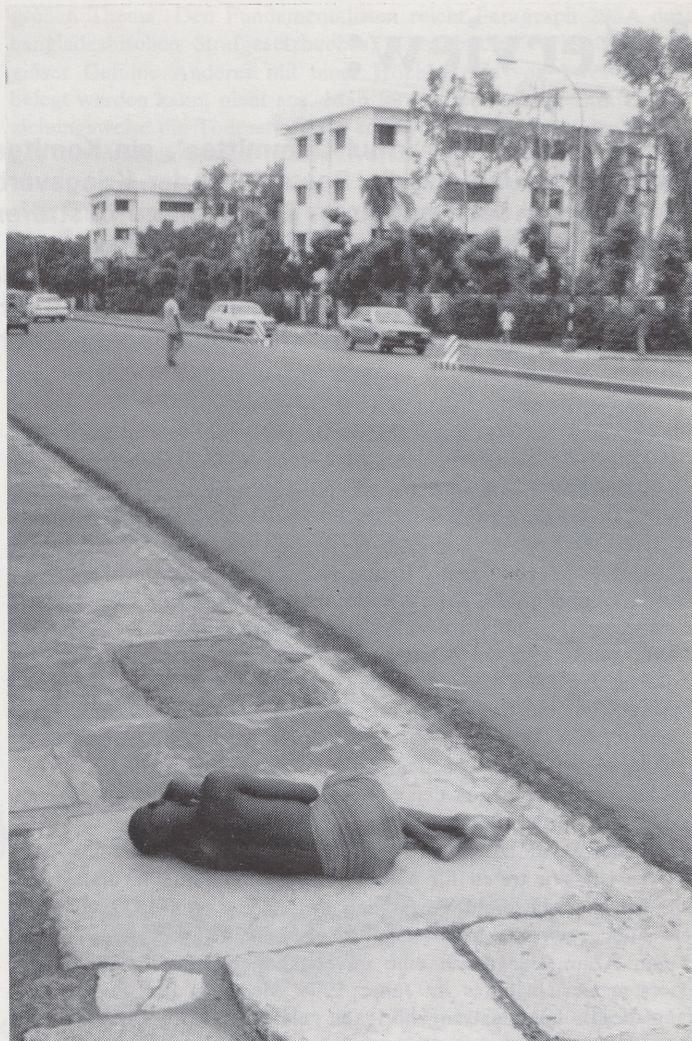
Doch wen soll man wählen? Ein Blick in die Wahlprogramme der bislang regierenden 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und der 'Awami League' (AL) verspricht keine Alternativen. Beide wollen den Freundschaftsvertrag mit Indien, der 1997 zur Verlängerung ansteht, auslaufen lassen. Das indische Stauwehr Farakka, das Bangladesh während der Winterzeit das Wasser abgräbt, hat starke Ressentiments gegen Indien geweckt. Anti-indische Verbalsalven

verstehen sich vor diesem Hintergrund als Pflichtprogramm politischer Wahlkampfretorik. Die AL möchte eine Regierung des nationalen Konsenses - schwer vorstellbar nach dem zweijährigen Stellungskrieg der verfeindeten Damen -, eine effiziente, gutausgebildete, disziplinierte und korruptionsfreie Verwaltung ohne parteipolitische Präferenzen. Im Parlament soll die Politikformulierung stattfinden; hier soll die legislative Gewalt ihren Platz haben. Dies eine Forderung, die vor dem Hintergrund der zweijährigen Parlamentsabstinenz der Partei etwas überrascht, jedoch offensichtlich zu verbalisieren für notwendig gehalten wurde. Außerdem möchte man ein marktfreundliches Wirtschaftssystem, das sich durch mehr Effizienz und Dynamik auszeichnet. Dazu gesellen sich eine Reihe von Wünschen, hier Ziele genannt, die von der Abschaffung der Kinderarbeit über eine Landreform bis hin zur Schaffung von Arbeitsplätzen reicht. Geprägt von der schmerzenden Erfahrung der fehlenden Präsenz, fordert man einen unabhängigen Rundfunk.

Die BNP benutzt ebenfalls eine marktfreundliche, anti-indische Rhetorik; sie möchte die erfolgreiche Politik fortsetzen und die Rahmenbedingungen zur Erhöhung der privaten und öffentlichen Investitionen verbessern. Sowohl BNP als auch AL möchten den Bauern mit günstigen Krediten, billigem Kunstdünger und Saatgut helfen.

Der Beobachter vermißt die klaren trennenden Aussagen der vergangenen Wahlen. Aber auch die hehren gemeinsamen Ziele, wie "Kampf der Korruption", nimmt kaum jemand den Politikern ab. "Die AL, BNP und die 'Jatiyo Party' hatten ihre Chance, die Geschicke des Landes zu bestimmen. Alle scheiterten an Korruption, Vetternwirtschaft und Ineffizienz", so das vernichtende Urteil von Mohammed Azizur Rahman vom 'Daily Star'. Rahman fordert eine radikale innerparteiliche Demokratisierung, einen revolutionären Wandel.

Der ist nicht in Sicht. Alle wollen die politische Macht, die allein eine Kontrolle der weiterhin reichlich fließenden ausländischen Gelder garantiert. Parteiübertritte sind an der Tagesordnung. Wo



Während die Parolen den Massen Wohlstand versprechen, sieht die Realität für Millionen von Menschen im Land anders aus (Foto: Walter Keller)

die gutbetuchten Felle wegzuschwimmen drohen, ertönen die Alarmsirenen. Da heißt es handeln, überlaufen - allerdings ohne Erfolgsgarantie, denn niemand kann zur Stunde sagen, wer als Sieger aus den Wahlen hervorgeht. Nach Umfragen liegen BNP und AL gleichauf. Gefolgt - mit deutlichem Abstand - von der 'Jatiyo Party' und der 'Jamaat-i-Islami'. Es droht ein 'hung parliament' mit möglicherweise neuen Streikrunden, denn als kompromißfähig bzw. -willig hat sich bisher keine Partei gezeigt.

Der Interimspremier Habibur Rahman ist nicht zu beneiden. Die Razzia gegen illegale Waffen hat bislang nicht den erhofften Erfolg gehabt. Zeitungen berichten, daß der ehemalige Innenminister Waffen an Parteigänger abgegeben habe - die BNP hüllt sich in Schweigen. Auch die AL hält sich, was dieses Thema anbelangt, sehr zurück. Beide großen Parteien unterhalten buchstäblich schlagkräftige Anhänger an den Universitäten des Landes. Keine von ihnen zeigt bislang ein Interesse, an diesem Zustand etwas zu ändern. Der Verhaltenskodex zu den Wahlen, der von der Wahlkommission unter Mohammad Abu Hena

Anfang Mai veröffentlicht wurde, verbietet in Paragraph 18 den Parteien, die Wahlen durch Geld, Waffen, Gewalt oder Geltendmachung des lokalen Einflusses, womit die Patronagesysteme vor allem auf dem Lande gemeint sind, zu beeinflussen. Auch dies mehr ein Wunsch als ein durchsetzbares Verbot.

Außerdem wird Rahman von allen Parteien vorgeworfen, parteiisch zu sein. Dies werten Beobachter als Zeichen dafür, daß er seine Aufgabe recht gut macht. Die jüngste Revolte um Generalleutnant Abu Saleh Mohammed Nasim (siehe dazu die Meldung in dieser Ausgabe) zeigt allerdings die Grenzen der Macht Rahmans, dem es indessen recht sein kann, daß nicht er, sondern der Präsident zur Zielscheibe der Kritik geworden ist.

Was bleibt? 56.249.182 Wahlberechtigte, so die offizielle Zahl, werden am 12. Juni die Möglichkeit haben, ihre Stimme abzugeben; ihr demokratisches Recht wahrzunehmen. Die große Zahl der Unentschiedenen bzw. Ratlosen, nach Umfragen fast 50 Prozent, veranschaulicht jedoch die fehlenden Alternativen. "Gewinnt die AL, wird sie den

Rundfunk und die Verwaltung kontrollieren und mit ihrem Einfluß die eigene Klientel begünstigen. Gewinnt die BNP, macht sie es genauso", so eine oft gehörte Meinung des Wahlvolks. Und! "Wir brauchen neue Köpfe, neue Ideen." Auf die wartet man noch.

Es geht bei den bevorstehenden Wahlen nicht um eine neue politische Kultur, auch nicht um die Abstimmung über Sachfragen, sondern - um die Macht. Weder das politische Spiel noch die Spielregeln ändern sich, lediglich die Akteure werden ausgetauscht bzw. die Rollen möglicherweise neu verteilt. Wer einen guten 'politischen Instinkt' hat, den Geruch des Siegers frühzeitig wahrgenommen hat, bleibt weiter am Ball. Ideologische Bauchschmerzen wegen eines notwendig gewordenen Parteiwechsels braucht niemand zu haben, denn das Programm heißt Machterwerb. Das wissen die Wähler, das wissen die 120 Parteien, die zur Wahl antreten, und das wissen bald auch die Wahlbeobachter, darunter ehemalige internationale politische Schwergewichte wie Jimmy Carter, die einige der 25.755 Wahlzentren inspizieren werden.